

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

**KONSULTATION
DER EUROPÄISCHEN REGIONEN UND STÄDTE -
zu einer
Neuen Strategie für nachhaltiges Wachstum
*Die Lissabon-Strategie nach 2010***

Der Ausschuss der Regionen hat beschlossen, eine Konsultation der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU zur Zukunft der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie nach 2010 durchzuführen, wobei die ermittelten Standpunkte und Anliegen der Gebietskörperschaften dann dem Europäischen Rat übermittelt werden sollen.

Das Ergebnis der Konsultation soll während der Veranstaltungswoche *Open Days* (5.-8. Oktober 2009) in Brüssel vorgestellt und erörtert werden und dann in die politische Botschaft des AdR an den Europäischen Rat einfließen, wenn dieser auf seiner Frühjahrstagung 2010 endgültig über das Thema entscheidet.

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften können diese Botschaft mit ihren Antworten auf die nachstehenden Fragen mitgestalten.

Die grundlegenden Informationen für die Teilnahme an der Konsultation sowie der entsprechende Fragenkatalog können in allen EU-Amtssprachen unter folgender Adresse aufgerufen werden:

<http://www.cor.europa.eu>

Alle Beiträge werden auf dieser Webseite in der Originalsprache und in Englisch ins Netz gestellt.

**Die Antworten müssen in einer Amtssprache der EU abgefasst sein und bis spätestens
20. April 2009 eingesandt werden.**

Bitte senden Sie Ihre Antworten als Word-Dokument an consultation@cor.europa.eu

Name and last name of the sender:	Martín Guillermo-Ramírez
Contact details (address, phone, email)	Enscheder Straße 362 D-48599 Gronau Tel: +49-2562-70222 Fax: +49-2562-70259 E-Mail: info@aebr.eu
On behalf of the Institution:	Association of European Border Regions (AEBR)
Country	Germany

1. Bitte bewerten Sie insgesamt, was die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung seit Beginn ihrer Umsetzung im Jahr 2005 geleistet hat. Hierbei sollten Sie Ihre Meinung zu folgenden Fragen gesondert darlegen:

1. Waren die Ziele, Pfeiler und Schwerpunkte der Strategie angemessen und wurden sie Europas Erfordernissen in Bezug auf das nachhaltige Wachstum gerecht?;

(Ziel ist die notwendige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU aufbauend auf den drei **Pfeilern** Soziales, Wirtschaft und Ökologie, wie in **den integrierten Leitlinien und vier Prioritäten** der Strategie festgelegt wird (welche vom Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung 2006 beschlossen und dann 2008 bestätigt wurden): Wissen und Innovation; das unternehmerische Potenzial, insbesondere der KMU, mobilisieren; bessere Rechtsetzung; Investitionen in Menschen und Modernisierung des Arbeitsmarktes; Klimawandel und Energie.)

Die „Lissabon-Strategie“ ist eher ein „Leitbild“, das sich auf bestimmte Sektoren konzentriert. Es stellt sich daher die Frage, ob es sich überhaupt um eine „Gesamtstrategie“ handelt, d.h. um eine strategische Gesamtperspektive. Eine „räumliche Dimension“ im Sinne der Territorialen Agenda fehlt ihr von Anfang an.

Ziele, Pfeiler und Schwerpunkte der „Lissabon-Strategie“ als Leitbild können im Großen und Ganzen als angemessen betrachtet werden. Dies gilt auch allgemein im Hinblick auf Erfordernisse für ein nachhaltiges Wachstum. Hier hätte man sich allerdings gewünscht, dass das Ganze auch eingebettet worden wäre in die ökonomischen Wechselbeziehungen, also die makro-ökonomische Ebene (z.B. politische Rahmenbedingungen für die Währungsunion in den Haushaltspolitiken einzelner Mitgliedsstaaten, des EU-Budgets etc.) im Verhältnis zu „mikro-ökonomischen“ Politiken. Ebenso wäre im Nachhinein eine Berücksichtigung der wachsenden Heterogenität, vor allem durch Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten der EU sinnvoll gewesen.

Zu kritisieren ist bei einer Strategie der Zeitzeithorizont 2010 (so etwas ist eher für Programme als für Strategien geeignet) und die Belastung mit politischen „Kraftakten“ (z.B. „Der Beste in der Welt“ etc.).

2. War die politische Steuerung (Governance) der Strategie ausreichend effektiv?

(Bei der Überarbeitung der Strategie im Jahr 2005 kamen folgende Governanceinstrumente hinzu: die **nationalen Reformprogramme** zur Umsetzung der **Integrierten Leitlinien**; die damit verbundenen jährlichen nationalen **Umsetzungsberichte**; der **jährliche Fortschrittsbericht der Kommission**; die **länderspezifischen Empfehlungen** des Rates (Bewertung im Rahmen des Verfahrens der offenen Koordinierung); das **Lissabon-Programm der Gemeinschaft** einschließlich der von den EU-Institutionen umzusetzenden Aktionen; die Bestellung eines nationalen Lissabon-Koordinators (oder einer Koordinatorin - ein "Mister Lissabon" oder eine "Ms Lissabon"), der oder die damit beauftragt ist, die Strategie in dem jeweiligen Mitgliedstaat vorzubringen und Stakeholder in ihre Umsetzung einzubeziehen.)

Gegen die politische Steuerung und Instrumente kann auf den ersten Blick wenig eingewendet werden. Die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung in der gesamten EU lässt sich jedoch nur erfolgreich realisieren durch umfassende Beteiligung und Verantwortung der regionalen und lokalen Ebene. Dies scheint bisher nicht gelungen.

Die Realität sieht außerdem so aus, dass die für einen eher sektoralen Ansatz dringend notwendige Koordinierung der Politiken eher schwach ausgeprägt ist, nicht nur bei den Mitgliedsstaaten, sondern auch zwischen den EU-Politiken sowie zwischen den Staaten und der EU. Auch die vielbeschworene Dezentralisierung lässt oftmals zu wünschen übrig.

Außerdem sind die Erkenntnisse der Territorialen Agenda, dass alle Regionen der EU (nicht nur Metropol- und Wachstumsregionen, sondern auch ländliche und periphere Gebiete) zur Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie erfolgreich beitragen können, zu spät berücksichtigt worden und kann daher kaum in die politische Steuerung eingeflossen.

1.3 Welche quantitativen und qualitativen Indikatoren haben sich bei der Bewertung des Erreichten und beim Vergleich mit anderen Ländern und Regionen als nützlich erwiesen? Bitte beschreiben Sie kurz Ihre Erfahrungen.

Die AGEG kann nur generell etwas zu quantitativen und qualitativen Indikatoren sagen und nicht zum Vergleich mit anderen Ländern und Regionen.

Aufgrund unserer Erfahrung, insbesondere mit INTERREG Programmen, die nachweislich Mehrwert schaffen und so auch zu den Zielen von Lissabon beitragen, orientiert man sich in der Praxis eher an quantitativen Ergebnissen und administrativen Fragen, leider nicht so sehr an qualitativen Ergebnissen. Trotz aller Indikatoren lautet die wichtigste Frage doch: Werden die politischen Ziele mit den eingesetzten Mitteln, seien sie national oder EU, erreicht?

ESPON hat aus mehreren Sub-Indikatoren einen „Komposit-Indikator“ zur Messung der Lissabon-Performance von Regionen (ESPON-Projekt 2.4.2.) entwickelt. Es wäre interessant, diesen in Zukunft zu nutzen, auch um im Hinblick darauf, wie die Grenz- und grenzübergreifenden Regionen im Vergleich zu anderen Regionen abschneiden.

2. Halten Sie eine europäische Gesamtstrategie für die Zeit nach 2010 für notwendig oder reicht ein einfacher Policymix aus sektorspezifischen Maßnahmen der Gemeinschaftspolitik und der nationalen Politik aus, um nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung auch ohne eine gemeinsame Rahmenstrategie wirksam zu fördern? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Eine europäische Gesamtstrategie ist notwendig, um eine ausgewogene, harmonische und nachhaltige Entwicklung des europäischen Raumes, speziell auf regionaler / lokaler Ebene (auch mit Hilfe der EU- Politiken und ihrer Finanzmittel) sicherzustellen durch:

- Eine **polyzentrische Entwicklung** des EU-Gebietes mit ausgewogenen Entwicklungsmöglichkeiten sowohl für Agglomeration / Metropolgebiete als auch für ländliche Gebiete.
- Eine **geänderte Politik für den ländlichen Raum**. Die politischen und ökonomischen Kosten einer Ausblutung des ländlichen Raumes sind sehr hoch und können nicht kompensiert werden durch schnelles Wachstum in Metropolgebieten.
- **Grenzübergreifende Zusammenarbeit** als ein Pfeiler der **Kohäsionspolitik**.
- Es ist im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interesse der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, das neue Prinzip der territorialen Kohäsion zu stützen.
- Territoriale Kohäsion ist ebenso wie territoriale Kooperation eine **europäische Priorität** und ein **politisches Ziel** der EU (sowohl territoriale Kohäsion als auch territoriale Kooperation sind normalerweise keine nationalen Prioritäten).
- Territoriale Kohäsion ist eng **verbunden mit** der Gestaltung **räumlicher Entwicklung**. Im Idealfall sollte es zu **Wechselbeziehungen** zwischen Raumordnung und sektoralen Politiken kommen.
- **Wirtschaftliche** und **soziale Kohäsion** sind **sektorale Bereiche**, die sich beziehen auf:
 - Polyzentrische Entwicklung.
 - Nachhaltige Entwicklung.
 - Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK), etc.
- All diese sektoralen Politiken und andere sind **integrierter Bestandteil der Territorialen Kohäsion**.
- **Territoriale Kohäsion** als **horizontales Ziel** (und Herausforderung) geht über wirtschaftliche und soziale Kohäsion hinaus, weil sie nicht nur das gesamte Gebiet der EU betrifft, sondern **alle Lebensbereiche** erfasst.
- Als **horizontales Ziel** ist **Territoriale Kohäsion** eine **Querschnittsaufgabe**, die **Koordination** zwischen den unterschiedlichen Sektoralpolitiken erforderlich macht.
- Wenn es eine Notwendigkeit gibt territoriale Kohäsion zu **definieren**, dann würden wir sagen: es ist „**der strategisch politische Rahmen**“ für alle Sektoralpolitiken, die horizontale territoriale Kohäsionspolitik berücksichtigen müssen.

Wenn all dies zutrifft, reicht ein einfacher Policy-Mix nicht aus und eine

europäische Gesamtstrategie für die Jahre nach 2010 wird notwendig, auch wegen der bisher oft kleinräumigen Prioritäten europäischer Politiken (siehe Stellungnahme Punkt 4).

3. Falls Sie eine neue europäische Gesamtstrategie befürworten, geben Sie bitte an, durch welche Merkmale eine solche Strategie im Vergleich zur derzeitigen Lissabon-Strategie wirksamer würde.

Die Europäische Union muss sich so entwickeln, dass sie eine Gemeinschaft von Werten wird, basierend auf gemeinsamen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zielen. Sonst besteht die Gefahr, dass die EU sich vorrangig über wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerb (was nicht im Einklang mit der Territorialen Agenda ist) definiert, also eine europäische Gesamtstrategie.

Es sollte eine horizontale europäische Gesamtstrategie geben (siehe auch Punkt 2, erster Absatz), in die sich die sektorspezifischen Politiken einfügen. Die so erreichten Ergebnisse der sektorspezifischen Politiken beeinflussen in einer Art Wechselwirkung wiederum eine zukünftige Gesamtstrategie.

3.1 Sollte eine neue Strategie mehr, weniger oder die gleiche Zahl von Prioritäten haben? Und welche Prioritäten sollten dies sein?

(Zu den Prioritäten des Rates: siehe note 1.1)

Die Prioritäten sollten wie unter Punkt 1 dargelegt, eingebettet sein in eine räumliche Dimension, in die neue Gesamtstrategie und die ökonomischen Wechselbeziehungen (makro / mikro) unter Beachtung der Heterogenität in der EU. Gleichzeitig sollte deutlich gemacht werden, wie diese Prioritäten angesichts der unterschiedlichen Ausgangspositionen in den weiter entwickelte und weniger entwickelten Mitgliedsstaaten und Regionen verwirklicht werden können.

Angesichts der globalen Herausforderungen und Auswirkungen (zum Beispiel: Schließung oder Verlagerung von Unternehmen, Ausverkauf von oder Beteiligung an europäischen Produktionsstätten durch Investoren aus Nicht-EU-Staaten, ernsthafte Mängel im Energietransportnetzwerk) scheinen die **Prioritäten territorialer Politiken ziemlich kleinräumig**. Eine **großräumige europäische Priorität ist notwendig**, die **Europa** als ein **integriertes System** begreift. Die bisherige räumliche Zersplitterung der EU, die wesentliche Auswirkungen auf den bisherigen territorialen Zusammenhalt hat, ist zu überwinden. Inkohärenzen aufgrund nationaler Unterschiede sind zu beseitigen mit dem Ziel, ein integriertes Europa zu schaffen (siehe auch ESPON Langzeitszenarien bis 2030). Dies betrifft:

- Rohstoffversorgung und -verarbeitung (Energiesektor, Stahl) in der EU.
- Zusammenschlüsse auf europäischer Ebene, die bisher nicht in Übereinstimmung mit nationalen Anti-Trust Gesetzgebungen sind.

- Nationaler Wettbewerb in global wichtigen technologischen Entwicklungsbereichen.
- Die Notwendigkeit eines großräumigen Risikomanagements (zum Beispiel hinsichtlich von Trockengebieten oder bei Überflutungen, von denen oft Grenzregionen betroffen sind).

3.2 Sollte es mehr, weniger oder die gleiche Zahl von Zielen (Leitlinien) geben? Und welche Ziele/Leitlinien sollten dies sein?

(Die **Integrierten Leitlinien** (Makroökonomische, Mikroökonomische und Beschäftigungsleitlinien) können unter folgender Adresse aufgerufen werden: http://ec.europa.eu/growthandjobs/european-dimension/index_de.htm)

Integrierte Leitlinien sollten sich an unseren Stellungnahmen zu Punkt 1 und 2 orientieren.

3.3 Wie sollten die Fragen der Kosten der Strategie und möglicher Kompromisse innerhalb der Strategie – z.B. bei der Zuteilung der Mittel für die verschiedenen Ziele - gelöst werden?

Bei der Zuteilung der Mittel sollte auf den nachweisbar erzielbaren Mehrwert und die Ausschöpfung aller regionalen Potentiale geachtet werden.

- Wenn die **regionale Vielfalt in Europa** als ein **Vorteil** angesehen wird, sollten unterschiedliche geografische Gebiete in Europa nicht gleichartig, sondern gleichwertig behandelt werden. Dies gilt **insbesondere** für **Grenzgebiete**.
- Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen **Regionen mit speziellen Problemen**, zum Beispiel Grenzgebiete, maritime Gebiete, Berggebiete (siehe auch EU-Vertrag).
- Die Bedeutung der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen ist weiter gewachsen: In Grenzregionen leben **32 % der Bevölkerung** auf **40 % der Fläche der erweiterten EU**.
- Dementsprechend müssen EU Hilfsprogramme für die grenzübergreifende Zusammenarbeit europaweit **für alle Grenzregionen** gelten und zur **Lösung aller Grenzprobleme**, die jetzt oder in Zukunft entstehen beitragen (nicht vorrangig nur wirtschaftlicher Natur) → sonst können die Potentiale nicht ausgeschöpft werden.
- Langfristig bleibt **grenzübergreifende Zusammenarbeit** im Rahmen der territorialen Kohäsion **eines der wenigen Instrumente der EU**, mit dem Bürger und Regionen in einer erweiterten EU unmittelbar erreicht sowie Subsidiarität und Partnerschaft in Bürgernähe verwirklicht werden können.
- **Grenzübergreifende Zusammenarbeit** schafft nachweislich **Mehrwert**: europäisch, politisch, institutionell (Governance), wirtschaftlich, sozial und kulturell.
- Sie trägt konkret bei zur Umsetzung der Lissabon-Strategie, weil **grenzübergreifende Zusammenarbeit immer einen Mehrwert zu nationalen Maßnahmen schafft** durch:

- Additionalität von grenzübergreifenden Programmen und Projekten,
- Synergien durch grenzübergreifende Zusammenarbeit,
- Gemeinsame Forschung und Innovation,
- Grenzübergreifende Netzwerke,
- Austausch von „best practice“, Erfahrungen und Wissen,
- „Spin-off“ Effekte durch Überwindung der Grenze,
- Effizienz eines grenzübergreifenden Managements von Ressourcen.
- Die **Potentiale** der grenzübergreifenden Zusammenarbeit sind **bisher kaum vollständig genutzt** (zum Beispiel: Kooperation im Gesundheitswesen, in Forschung und Entwicklung, bei der Vermeidung von Doppelinvestitionen [kritische Masse], in der Infrastruktur, im Umweltschutz, bei Dienstleitungen von allgemeinem Interesse).
- Territoriale Kooperation sollte nach 2013 deutlich höhere finanzielle Mittel erhalten. Als politisches Ziel ist territoriale Kooperation eher unterbewertet, obwohl sie vergleichsweise gute Ergebnisse erzielt hat.
- Innerhalb der territorialen Kooperation muss grenzübergreifende Zusammenarbeit weiterhin erste politische Priorität bleiben, auch weil es die einzige Kooperationsform zu sein scheint, die sogar wachsende Geldmittel absorbieren kann.

4. Wie sollten die Ziele im Bereich Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Verfolgung der Ziele des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts verfolgt werden?

Der territorialen Kohäsion, die über wirtschaftliche und soziale Kohäsion hinaus geht, kommt in dieser Frage eine wesentliche Bedeutung zu:

- Kohäsionspolitik darf nicht nur ein einfacher Solidaritätsmechanismus sein, sondern muss auch eine Politik für **das gesamte Gebiet der EU** beinhalten, damit die unterschiedlichen endogenen **Entwicklungspotentiale** aller europäischen **Regionen** genutzt werden können. Es geht nicht nur um die Verschiebung oder die Konzentration finanzieller Mittel. **Alle Regionen** (auch weniger entwickelte und ländliche Regionen) können und müssen entsprechend ihren Möglichkeiten zu den Zielen einer europäischen Gesamtstrategie beitragen.
- Kohäsionspolitik sollte zur territorialen Kohäsion beitragen und sich mit den neuen Herausforderungen beschäftigen (Globalisierung, demografischer Wandel, Klimawandel, etc.). Aber sie ist nicht das einzige Instrument und auch nicht das wichtigste, um diesen Herausforderungen zu begegnen¹.
- **Grenzübergreifende Zusammenarbeit** muss ein **wesentliches Element der Kohäsionspolitik** und ein eigenständiges politisches Ziel bleiben, das es zu verstärken gilt. Sie ist eines der besten Beispiele dafür, wie ein Mehrwert

¹ Schlusserklärung der AGEG-Jahreskonferenz 2006 in Pamplona „Territoriale Kohäsion – ein Blick in die Zukunft unserer EU“

geschaffen und territoriale Kohäsion verwirklicht wird.

- **Territoriale Kooperation** trägt im Zusammenhang mit der **Raumentwicklungsplanung** auf europäischer Ebene zur **territorialen Kohäsion** bei und **hilft**, die **räumliche Zersplitterung der EU** und auch die Inkonsistenz oder den Mangel an Kohärenz, hervorgerufen durch nationale Unterschiede, **zu überwinden**. Nur dann kann den **neuen Herausforderungen** des Klimawandels, der Alterung der Gesellschaft oder des Zusammenhangs der Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen für Energie und Lebensmittel besser **begegnet werden** (enger Zusammenhang zwischen territorialer Politik und Kohäsionspolitik).
- Die **neuen Herausforderungen** haben einen **direkten Einfluss** auf **Grenzregionen**, insbesondere wenn diese ländlich sind. Ohne eine **adäquate territoriale Politik zugunsten der ländlichen Gebiete** wird die Wanderung in Metropol- und städtische Agglomerationsgebiete zunehmen, verbunden mit erheblichen Abwanderungen aus Grenzgebieten / ländlichen Gebieten. Bedauerlicherweise gibt es dazu noch heute **negative Beispiele in mehreren Grenzregionen**.
- **Metropolgebiete / städtische Agglomeration** und **ländliche Gebiete** sind **voneinander abhängig**. Metropolgebiete und städtische Agglomeration können nicht ohne ein entsprechendes Umland existieren. Andererseits können sich ländliche Gebiete ohne geeignete Zentralität in der näheren Umgebung nicht entwickeln. Dies wiederum unterstützt die Mobilität, aber verursacht nicht notwendigerweise eine Migration aus den Grenzgebieten / ländlichen Gebieten (Wohnort / Arbeitsplatz).

Wettbewerbsfähigkeit darf nicht nur global oder national definiert werden (siehe Territoriale Agenda). Die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit generell (unter Beachtung der Heterogenität zwischen den einzelnen Regionen und ihres Leistungsvermögens) ist ebenso wichtig wie Arbeitsmarktpolitik, Politik für den ländlichen Raum und territoriale Kooperation.

5. Würden Sie die politische Steuerung (Governance) der aktuellen Lissabon-Strategie beibehalten oder würden Sie etwas daran ändern?

(Zur Governance: siehe note 2.1)

Wenn es eine neue europäische Gesamtstrategie gibt, sind die politischen Steuerungselemente anzupassen (wegen Einbeziehung der räumlichen Dimension, stärkere Rolle der regionalen / lokalen Ebene).

- Eine in sich stimmige und langfristige Politik muss alle wesentlichen Bereiche der EU-Politiken beinhalten und eine bessere Koordination zwischen ihnen garantieren als in der Vergangenheit: Raumentwicklungsplanung, Kohäsions-, Regional-, Agrar- und Sozialpolitik usw. Im Hinblick auf die Konsequenzen

einer europäischen Integration und der Globalisierung muss eine solche Politik eine polyzentrische Entwicklung des Gemeinschaftsgebietes stärker als bisher fördern (auch durch Territoriale Kohäsion und Territoriale Kooperation).

- **Neue Arten der Koordination** sind erforderlich auf jeder Ebene. Dringend notwendig scheint eine bessere Koordinierung zwischen EU-Kohäsionspolitik, den **anderen Gemeinschaftspolitiken sowie den nationalen Politiken**.
- Eine **stärkere strategische Vorgehensweise**, eine **bessere Zuordnung der Verantwortlichkeiten** (nicht der Kompetenzen) zwischen den unterschiedlichen institutionellen Ebenen und eine weitere Dezentralisierung sind zu befürworten.
- Solange wie "New Governance" ausgeht von althergebrachten Hierarchien und nationalen Verwaltungsstrukturen und Kompetenzen, wird sie schwierig zu verwirklichen sein: Die Unterschiede zwischen den Staaten können nicht angeglichen werden. Der **niedrigste gemeinsame Nenner** wird dann als gemeinsame Grundlage dienen, wobei jeder nur im Rahmen der eigenen Kompetenzen tätig werden kann.
- Die Konsequenz daraus ist: **Instrumente** (wie den EVTZ) zu **entwickeln** und in der Praxis anzuwenden, bei denen die unterschiedlichen **administrativen Ebenen** und ihre **Kompetenzen nicht entscheidend** sind. In einer grenzübergreifenden Struktur werden gemeinsame Entscheidungen getroffen, die dann an **beiden Seiten der Grenze** durch die Partner in den jeweiligen Staaten (**entsprechend den nationalen Verwaltungsstrukturen und Kompetenzen**) **umgesetzt** werden. **Es geht um Instrumente, nicht um Verwaltungsebenen der Kooperation**.
- In „New Governance“ ist weder ein Vergleich von Kompetenzen noch eine Kooperation **gleicher Kompetenzebenen** hilfreich, da diese in den **einzelnen Staaten nicht** auf gleicher Ebene und mit **gleichen Inhalten** bestehen. Deshalb geht es bei „New Governance“ **um Ausführung wichtiger Aufgaben mit geeigneten Instrumenten**, während die Kompetenzen bei den nationalen, regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften verbleiben. Es kann sich nur um eine **Delegierung von Aufgaben** an ein Instrument handeln.
- **Das Geheimnis erfolgreicher grenzübergreifender Zusammenarbeit** liegt darin, Begriffe wie „Administrationsebene“ und „Kompetenzen“ zu vermeiden und stattdessen mit praktikablen Instrumenten zu arbeiten und Aufgaben durchzuführen.

5.1 In letztgenanntem Fall: welche Aspekte würden Sie ändern?

- Die Regionalpolitik und das EUREK als territoriale Aufgabe sollten eine **koordinierende Funktion** erfüllen.
- Die **Beachtung der politischen Zielsetzung** der Territorialen Kohäsion und der Territorialen Agenda in den Sektoralpolitiken auf europäischer sowie auf nationaler / regionaler Ebene muss in Zukunft **verbessert** werden.
- Ebenso ist es notwendig, dass EU-Politiken stärkere Aufmerksamkeit als bisher den **nationalen / regionalen / lokalen Politiken** widmen **und umgekehrt**.

- **Sektorale Politikbereiche** der EU sind besser zu synchronisieren unter Beachtung der die **territoriale Dimension**.
- Auf **nationaler Ebene** können bessere Bedingungen geschaffen werden, zum Beispiel durch:
 - Beachtung **grenzübergreifender raumordnerischer Entwicklungskonzepte** (die es bereits in mehreren grenzübergreifenden Regionen gibt) **in nationalen Raumordnungsplänen** mit dem Ziel einer regionsspezifischen Planung über die Grenzen hinweg.

5.2 Welche Änderungen sind im Vergleich zur gegenwärtigen Situation erforderlich?

Sektorale Politiken (europäisch und national) müssen hinsichtlich ihrer raumordnerischen Effekte überprüft werden (zum Beispiel Transport, Landwirtschaft, Forschung, Innovation und Entwicklung, Bildung). Deswegen erscheint es sinnvoll, langfristige horizontale Strategien und Programme zu entwickeln, vor allem grenzübergreifend, in die sich mittelfristige praktisch orientierte Sektor-Politiken integrieren (gegenseitige Abhängigkeit, weil die Ergebnisse der mittelfristigen Sektorpolitiken ihrerseits wiederum einen Einfluss auf die Aktualisierung langfristiger Strategien / Programme haben).

- Territoriale Kohäsion mithilfe europäischer Regional- und Kohäsionspolitik kann **am effizientesten verbessert** werden durch folgende Maßnahmen:
- Eine direkte und nachprüfbar **Beteiligung der regionalen und / oder lokalen Gebietskörperschaften** ist erforderlich bei den Definitionen von Zielen, bei der Ausarbeitung und dem Management von EU Programmen und Geldern sowie bei dem Monitoring der Ergebnisse. Dies ist notwendig angesichts der **Defizite**, die bei der Umsetzung von Partnerschaft und Subsidiarität gegenwärtig festgestellt werden.

5.3 Welche Rolle sollten die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union, die Regierungen der Mitgliedstaaten und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften jeweils bei der Gestaltung und Umsetzung der künftigen Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung in Europa spielen? Welche Wechselbeziehung sollte zwischen den einzelnen Ebenen aufgebaut werden, um eine möglichst effektive Politikgestaltung sicherzustellen?

- Europa ist ein **politisches Gebilde**, in dem die **Menschen traditionell Demokratie und Beteiligung auf regionaler und lokaler Ebene ausüben**. Dieses Verständnis von Demokratie im Zusammenhang mit Aktivitäten in Bürgernähe sind ein **gemeinsames Charakteristikum europäischer Entscheidungsprozesse**, bei denen regionale / lokale Gebietskörperschaften zusammen mit ihren gewählten Repräsentanten eine herausragende Rolle spielen.
- **Regionale und lokale Gebietskörperschaften** führen heutzutage einen **großen Teil der internen politischen Aufgaben in Bürgernähe** durch. Die regionale und lokale Ebene hat bewiesen, am besten geeignet zu sein um

zahlreiche EU- Programme und Projekte mit guten Ergebnissen durchzuführen, insbesondere in der europäischen Kohäsions- und Regionalpolitik sowie in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit.

Eine erweiterte EU benötigt territoriale Kohäsion und eine **in sich stimmige Umsetzung des „Bottom-up“ Prinzips** unter Beachtung von Subsidiarität und Partnerschaft sowie die **Beteiligung aller Akteure**.

- Für grenzübergreifende Zusammenarbeit ist “Multi-level Governance” nichts Neues. Von Anfang an (seit 1985) war dies die einzige Möglichkeit, grenzübergreifende Zusammenarbeit zu verwirklichen.
- Da grenzübergreifende Kooperationsstrukturen nicht über eigene Kompetenzen verfügen (nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften werden kaum Kompetenzen übertragen, auch nicht an einen EVTZ), haben grenzübergreifende Strukturen in **Netzwerken, in Partnerschaft und Subsidiarität trotz der unterschiedlichen Kompetenzen und Strukturen beiderseits der Grenze gearbeitet**.

Eine EU - Priorität sollte sicher stellen, dass ihre Kohäsions- und Regionalpolitik die strategischen Leitlinien vorgibt und die strategischen Zusammenhänge von Programmen sicherstellt. Alle anderen wichtigen Teilgebiete sollten durch die regionale und / oder lokale Ebene in Partnerschaft mit den nationalen und europäischen Ebenen und den Sozialpartnern realisiert werden.

6. Welchen politischen Maßnahmen/Aktionen im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie sollte jetzt mit Blick auf die Bewältigung der derzeitigen schweren Wirtschaftskrise und zugleich auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas Vorrang eingeräumt werden? Konkret gefragt:

Diese Fragen richten sich eher unmittelbar an die Regionen.

Aus Sicht der AGEG sollten politische Maßnahmen und Aktionen im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie mit Blick auf die Bewältigung der derzeit schweren Wirtschaftskrise sich auf folgende Faktoren konzentrieren:

- Stärkere Rückbesinnung der Regionalpolitik in den Mitgliedstaaten sowie der EU auf das Prinzip der Förderung aller endogenen Potenziale (mittel- und langfristige Maßnahmen mit Mehrwert),
- graduelle Abkehr von kurzfristigen Fördermaßnahmen, die vor allem ausländische Direktinvestitionen anziehen sollen, insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten,
- Nachhaltigkeit der Maßnahmen,
- Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- kurzfristige Umsetzbarkeit,
- kurzfristige Sicherstellung der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für die Wirtschaft (insbesondere für KMU's) durch Finanzinstitute zu

nachprüfbar akzeptablen Konditionen,

- mittel- und langfristige Unterstützung des Aufbaus regionaler und lokaler Finanzkreisläufe (z.B. über ortsnahe Sparkassensysteme oder Volksbanken), die darauf ausgerichtet sind, die Verfügbarkeit von Finanzmitteln vor Ort für KMUs abzusichern (insbesondere in den Ländern, in denen die Finanzmärkte sehr stark „zentralisiert“ sind, d.h. durch wenige Großbanken bestimmt werden).

Wenn auf europäischer und nationaler Ebene milliardenschwere Programme zur Bewältigung der Krise und Sicherstellung der Finanzströme bereit gestellt werden, muss dies mit Bedingungen für die Finanzinstitute versehen werden: angesichts der niedrigen Diskontpolitik der Europäischen Zentralbank müssen die Finanzinstitute zusätzlich gewonnene Liquidität unmittelbar der Wirtschaft zugute zukommen lassen.

6.1 Welche politischen Maßnahmen/Aktionen sind Ihrer Meinung nach kurzfristig besonders erfolgversprechend und sollten deshalb jetzt umgesetzt werden?

Inzwischen wurde nachgewiesen, dass die Krise wesentlich durch die Ausrichtung der Wirtschaft auf die „Knowledge-Economy“ in einem neoliberalen Zusammenhag verursacht wurde. Die politischen Maßnahmen müssen daher dort ansetzen, um die sich bisher daraus ergebende sehr starke soziale Polarisierung in Zukunft zu vermeiden. Denn zum Beispiel reduziert weiterer Druck auf niedrige Gehälter die Stärke des Europäischen Binnenmarktes und daher des Konsums (d.h. auch die Gesamtwachstumsrate) mit Folgen für die Verschuldung der Haushalte usw.

Politische Maßnahmen sollten daher wesentlich verbesserte Bedingungen und Kontrollen der Finanzmärkte und der Finanzinstitute weltweit und europäisch in einem einheitlichen Rahmen vornehmen.

Erfolg versprechende konkrete kurzfristige Maßnahmen sind zum Beispiel:

- in der Infrastruktur (soweit schnell realisierbar),
- im öffentlichen Investitionsbereich,
- zur Sicherung der Liquidität wettbewerbsfähiger Unternehmen.

6.2 Und welche sind Ihrer Meinung auf lange Sicht besonders erfolgversprechend, vorausgesetzt dass sie ebenfalls jetzt umgesetzt werden?

Gemäß Punkt 6.1 sollte eine zukünftige Strategie verstärkt die makro-ökonomische Politik berücksichtigen, um eine neue Krise zu vermeiden. Denn die jetzige soziale Polarisierung hat nicht nur globale, sondern auch räumliche Auswirkungen, insbesondere in den Agglomerationen/Städten, aber auch in den ländlichen Räumen.

Da die bisherigen Maßnahmen gegen die Krise einen sehr stark sektoralen Charakter haben (Große Infrastrukturen, Automobilindustrie), müssen sie auf lange Sicht in eine kohärente Strategie integriert werden, wobei die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle spielen können.

Durch ein Monitoring kurzfristiger Ergebnisse lässt sich am besten feststellen, welche

Maßnahmen greifen und auch langfristige Erfolge versprechen.

F:\DATA\334 AGEG\REFERATEundSTELLUNGNAHMEN\2009\Lissabon-Strategie nach 2010 16-04-09\Antworten Lissabon-Strategie nach 2010 D 24-04-09final.doc

Hintergrund: die bisherige Wachstums- und Beschäftigungsstrategie

Erreichtes, Versäumnisse und offene Fragen

2010 wird das letzte Jahr der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung sein, die im Jahr 2000 mit dem Ziel der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit eingeleitet worden war.

Dabei wurden quantitative Indikatoren (Eckdaten) mit entsprechenden Zielgrößen festgelegt, um die Fortschritte der einzelnen Mitgliedstaaten zu messen und Vergleiche und gegenseitige Bewertungen zu ermöglichen. Bis zum Jahr 2005 wurden nur unzureichende Fortschritte verzeichnet, weshalb die Strategie mit dem Ziel überarbeitet wurde, sie durch mehr Eigenverantwortung der beteiligten Akteure effektiver zu machen. Zu diesem Zweck wurde eine Liste von Leitlinien in den Bereichen Makroökonomie, Mikroökonomie und Beschäftigung aufgestellt, in denen die Pfeiler Wirtschaft, Soziales und Umwelt zusammengefasst wurden. Zudem wurde ein neues Governanceinstrument eingeführt, d.h. jeder Mitgliedstaat stellt ein nationales Reformprogramm auf und legt einen jährlichen Fortschrittsbericht vor. Jedes Jahr richtet der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung länderspezifische Empfehlungen an die einzelnen Mitgliedstaaten.

Ungeachtet gewisser Fortschritte sind die Ergebnisse der Strategie eher gemischt. Einerseits können die quantitativen Zielstellungen nicht bis 2010 erreicht werden, wobei der von den Bewertungen und länderspezifischen Empfehlungen ausgehende Druck offenbar nicht die erwarteten Ergebnisse zeitigte; die abgestimmte und integrierte Multilevel-Politikgestaltung ist nicht in dem notwendigen Maße verbreitet. Andererseits wurde die Agenda für Wachstum und Beschäftigung aber viel stärker ins Bewusstsein gerückt und bildet eine feste Bezugsgröße für die Politikgestaltung auf den verschiedenen Ebenen.

Auf seiner Frühjahrstagung 2010 wird der Europäische Rat über die nächsten Schritte entscheiden. Auf der Frühjahrstagung 2008 hatte er zu einer entsprechenden Debatte aufgerufen, die derzeit vor dem Hintergrund der seit vielen Jahrzehnten schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa stattfindet.

Das Konzept des AdR für die Steuerung der Wachstums- und Beschäftigungspolitik: integrierte Politikgestaltung im Rahmen einer Multi-Level-Governance

Der Ausschuss der Regionen ist davon überzeugt, dass sich europaweite Wachstums- und Beschäftigungsziele nur dann verfolgen lassen, wenn die Städte und Regionen einbezogen werden. Nach drei Jahren intensiver Beobachtung durch seine Monitoring-Plattform für die Lissabon-Strategie musste der Ausschuss der Regionen jedoch eine "unzureichende Umsetzung der Lissabon-Ziele in integrierte Maßnahmen auf allen Regierungsebenen" feststellen, was die tatsächliche Umsetzung der Lissabon-Ziele beeinträchtigt. In seiner im November 2008 verabschiedeten Prospektivstellungnahme zum Thema "Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung" unterstrich der Ausschuss die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen auf den unterschiedlichen Regierungsebenen, einer integrierten Wachstums- und Beschäftigungspolitik auf

allen Ebenen und von Vereinbarungen über das Regieren auf mehreren Ebenen (Multilevel-Government).

Bewältigung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise: Wettbewerbsfähigkeit als Grundpfeiler des europäischen Konjunkturprogramms

Die Förderung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Union ist einer der beiden Grundpfeiler des europäischen Konjunkturprogramms. Der zweite Pfeiler umfasst starke Anreize für die Wirtschaft in Form öffentlicher Investitionen und soll zu den Zielen eines langfristigen und nachhaltigen Wachstums durch "intelligente Investitionen" (umweltfreundliche Technologien, Aus- und Weiterbildung) beitragen. Der Pfeiler Wettbewerbsfähigkeit des Konjunkturprogramms baut auf den vier Prioritäten der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung - Menschen, Wirtschaft, Infrastruktur und Energie sowie Forschung und Innovation - auf.

In den kommenden Monaten werden die Gebietskörperschaften in der EU zunehmend in die zügige und umfassende Umsetzung der Investitionsmaßnahmen des Konjunkturprogramms eingebunden werden und sich an Aktionen beteiligen, um aus dem letzten Jahr der Lissabon-Strategie das Beste zu machen.
